

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Weitzen, für das
sowie für das Forst-

Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
rentamt zu Tharandt.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, von 6 Uhr bis zum folgenden Tag. / Preis pro Quartal 3 Mk., pro halbes Jahr 6 Mk., pro Jahr 12 Mk. / Die Anzeigen werden monatlich zu 1000 Exemplaren berechnet. / Die Anzeigen werden in der Regel am 1. des Monats zu 1000 Exemplaren berechnet. / Die Anzeigen werden in der Regel am 1. des Monats zu 1000 Exemplaren berechnet. / Die Anzeigen werden in der Regel am 1. des Monats zu 1000 Exemplaren berechnet.

Interessante Pfl. für die Gabelweiden-Kampagne oder deren Raum, Lohndruck Pfl., Helmen Pfl., alles mit Lohndruckgebühren, 3. und 4. Jahrgang. / Die Anzeigen werden in der Regel am 1. des Monats zu 1000 Exemplaren berechnet. / Die Anzeigen werden in der Regel am 1. des Monats zu 1000 Exemplaren berechnet. / Die Anzeigen werden in der Regel am 1. des Monats zu 1000 Exemplaren berechnet.

Nr. 200

Sonnabend den 30. August 1919

78. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Viehzählung.

Auf Grund der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 2. August 1919 findet am 1. September eine

Viehzählung

Die Zählung erstreckt sich auf Pferde (ohne Militärpferde), Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Federvieh, zahme Kaninchen und auf die Arbeitsverwendung der Pferde. Dazu kommt noch eine Frage nach der Zahl und dem Alter der Zuchtbullen. An die Zählung schließt sich eine schätzungsweise Ermittlung des Lebendgewichts der Rinder und Schweine an.

Die Aufnahme erfolgt mittels Ortslisten nach dem Stande in der Nacht vom 31. August zum 1. September 1919.

Die Beteiligten wollen den mit der Nachprüfung Beauftragten des Stadtrats in zweckdienlicher Weise Auskunft erteilen.

Wer wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil für dem Staate verfallen erklärt werden.

Wilsdruff, am 28. August 1919.

Der Stadtrat.

Das zögernde Amerika.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Im Verordnungsblatt wird eine Verordnung veröffentlicht, durch die der Reichspräsident Erbt die Ausübung des Oberbefehls über die Wehrmacht des Reiches dem Reichswahlleiter überträgt, soweit er nicht selbst unmittelbare Befehle erteilt.
- Die Amerikaner treten aus der Kommission zur Regelung der Grenzen Deutschlands aus.
- Ein amerikanisches Regiment rückt zur Übernahme des Polizeidienstes nach Oberschlesien.
- Das Wiener Volkswirtschaftsamt 41 ist wegen kommunikativer Umtriebe aufgelöst worden.
- Der ungarische Ministerpräsident Friedrich lebt den Rücktritt ab, hat dagegen ein neues Ministerium unter seinem Vorsitz gebildet.
- Die französische Kammer hat mit der Beratung des Friedensvertrages begonnen.
- Der englische Arbeiterführer Barnes hat die Übernahme des Weimarer Gefandenspolizeis abgelehnt.
- Der belgische Senat hat den Friedensvertrag einstimmig angenommen.
- Die Befehle Odeffas durch die Truppen Denikins wird von London aus amtlich bestätigt.
- Präsident Wilson fordert in einer Botschaft an den Kongress die Ratifizierung des Friedensvertrages bis zum 31. Dezember.
- Im amerikanischen Senat wurde Englands Verhalten gegenüber Kanonen als Straßendiebstahl bezeichnet.

Warum Amerika zögert.

Am ungeschicktesten von allen Entente-Siegern drängte Wilson bei seinem Kongress auf unverzügliche und naturgemäß auf unveränderte Genehmigung des Friedensvertrages, und gerade in Washington wollen die parlamentarischen Verhandlungen über das Reiseverbot des Reiches nicht vom Fleck kommen. Im Senatsauschuss ist die auswärtige Angelegenheiten hat man sich allerdings endlich zu einer ersten Teilabstimmung über eine einstimmige Aufschonung; darüber nämlich, ob die Vereinigten Staaten sich an der Festlegung der Grenze zwischen Deutschland und Belgien durch eine internationale Kommission beteiligen sollen oder nicht. Die Mehrheit — 7 Stimmen — entschied sich gegen die Mitarbeit am Friedensvertrag, was als ein Verbesserungsvorschlag zum Vorschein kam, der wohl keine übermäßige Bedeutung, aber nach anderer Ansicht hier die erste zahlenmäßige Feststellung des Vor- und Nachteils der Wilsonschen Friedenspolitik vor, und danach kann man sich nun doch wenigstens ein unvollständiges Bild von den Aussichten machen, mit denen die Ratifizierung des Friedensvertrages in Amerika zu rechnen hat.

Die Abneigung der Amerikaner, sich fortdauernd mit internationalen Angelegenheiten befassen zu müssen, ist seitdem danach unüberwindlich zu sein. Am Krieg haben sie teilgenommen, weil ihnen eingeredet worden war, daß die Freiheit und Gerechtigkeit auf der Welt verloren ginge, aber aus dem weitläufigen Streikigkeiten der Welt wollen sie nach sichergestellt Hauptentcheidung und zur nicht, daß sie an den zahlreichen gemäßigten Kommissaren mitarbeiten sollen, in denen die tausendfachen Aufgaben der Kriegsbekämpfung mit mehr oder weniger Interesse geübt werden müssen. Beigt doch sogar die amerikanische Presse in Paris verbliebene amerikanische Friedenspolitik eben jetzt nicht über Luft, ihre Köpfe zu packen und zu verlassen, weil sie kaum noch eine Möglichkeit sehen, an der Lösung der Balkanprobleme, mit der sich die Amerikaner und Konföderaten die Finger wund schreiben, nur in den schwächeren als je gewordene Aufgabe auch mitarbeiten zu können. Das alles sind aber nur Vorzeichen zum eigentlichen Entscheidungskampf wird um den Beitritt zum Völkerbund geführt werden. Diese

Wilson'sche Lieblingsidee hat ihren Zweck längst erfüllt. Deutschland ist der suggestiven Macht, mit der die feindliche Propaganda sie zu umgeben verstand, erlegen, und nun braucht man sich um sie nicht weiter zu kümmern. Wer mit ihr wirklich ernst machen wollte, würde die Vereinigten Staaten in alle Hängel der Welt mit hineinziehen, und davon wollen die Amerikaner aus naheliegenden Gründen nichts wissen. Einwilligen ist ihr Kriegseifer gestillt, und keineswegs wollen sie für nichtamerikanische Interessen Gut und Blut ihres Volkes sobald wieder aufs Spiel setzen. So bleiben sie wohl bis ans Herz hinan, zumal der Sondervertrag mit England und Frankreich, den Herr Wilson auch noch nach Hause mitgebracht hat, ihren Argwohn gegen die Uneigennützigkeit der europäischen Bundesgenossen erst recht rege gemacht hat. Vor einem offenen Votum gegen die ganze Friedenspolitik des Präsidenten scheut aber der Senat begreiflicherweise zurück; man möchte den höchsten Repräsentanten der Nation vor den Augen der ganzen Welt, wenn es irgend geht, nicht bloßstellen. So hängt man sich, zunächst wenigstens, an Nebenbinge und zögert die Entscheidung immer wieder hinaus. Vielleicht doch Wilson selber dann mit Vorschlägen herbeizutritt, über die man sich notdürftig verständigen kann.

Wilson aber ist unberechenbar. Als er den Friedensvertrag dem Kongress vorlegte, sprach er mit eindringlichen Worten von dem ungeheuren Ernst der Lage in Europa, die zur raschesten Klärung dränge, wenn ihre Gefahren nicht unweigerlich auf Amerika übergrreifen sollten. Ein Sonderfrieden mit Deutschland erfordere ihm damals so ziemlich als der schrecklichste der Sünden. Heute wird er vielleicht schon etwas ruhiger über diese Möglichkeit denken — es sei denn, daß er hoffen darf, den Senat doch noch für seine Schmarzmaterei zu gewinnen. Und die Zusichten dafür haben bei dem geringen Übergewicht, das seine Gegner nur auf ihrer Seite haben, nicht schlecht. Es wäre nicht der erste Unfall, den der amerikanische Senat sich zuschulden kommen ließe.

Amerika macht nicht mehr mit!

Austritt der Amerikaner aus der Entente-Kommission.

Das Washington wird gemeldet: Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat einen Änderungsantrag zum Friedensvertrag mit 9 gegen 7 Stimmen angenommen, der darauf hinausgeht, daß die Amerikaner sich nicht mehr als Mitglieder der internationalen Kommission an der Festlegung der Grenzen von Deutschland und Belgien beteiligen sollen. Er hat noch eine Reihe weiterer Anträge angenommen, die sämtlich bezwecken, daß amerikanische Delegierte als Mitglieder internationaler Kommissionen ausgeschieden. Nur in der Kommission für Wiederherstellung bleiben die Amerikaner nach wie vor Mitglieder.

Dieser Beschluß ist offenbar auf das Gesicht der Vertreter Amerikas in Paris zurückzuführen, in dem diese ihre Abberufung fordern. In den Pariser Konferenzen gehen außerdem allerlei Gerüchte, daß auch die Schwierigkeiten in der Frage des fernem Ostens die Amerikaner zu ihrer Zurückziehung aus der Konferenz veranlassen könnten. Ferner sind mehrere amerikanische Delegierte über die Behandlung der amerikanischen Politik durch gewisse Mitglieder der Friedenskonferenz, besonders durch die Franzosen, sehr entrüstet. Kurz und gut, die heilige Einigkeit innerhalb der „alliierten und assoziierten Mächte“ scheint höchst wackelig geworden zu sein.

Ultimatum Wilsons an den Kongress.

Ratifizierung bis 20. September.

Präsident Wilson hat offenbar die Absicht, den ihm gefährlich werdenden Widerstand des Senats mit Gewalt zu brechen, indem er in einer Botschaft an den Kongress die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland bis zum 20. September verlangt. Ob ihm das gelingt, steht allerdings dahin.

In einer Unterredung mit dem Senator Swanson, wies Wilson daraufhin, daß, wenn die vom Senat-

ausschuss vorgenommene Abänderung des Friedensvertrages auch vom Senat aufrechterhalten werde, der gesamte Friedensvertrag, sowohl die Vereinigten Staaten beteiligt seien, in Gefahr stehe. Wilson soll auch die Senatoren aufgefordert haben, ihre Kräfte zu vereinen, um bei der Abstimmung im Senat die Ablehnung des Abänderungsantrages Lodge's zu erreichen. Der Präsident äußerte, er sei überzeugt, daß Großbritannien und Frankreich wegen ihres früheren Abkommens mit Japan, durch das sie sich verpflichtet haben, die Ansprüche der japanischen Regierung auf das Vorkriegsrecht in Schantung zu unterstützen, keinerlei Abänderungen zustimmen würden. Wenn der Senat den Beschluß des Senatsausschusses bekräftigt, würden die Vereinigten Staaten genötigt sein, mit Deutschland einen Sonderfrieden zu schließen und aus dem Völkerbund auszutreten.

Wüstung Japan gegen Amerika.

Aus Tokio wird gemeldet: Die Ablehnung der japanischen Regierung, sich an einer internationalen Anleihe für China zu beteiligen, hat eine anti-amerikanische Kampagne in der japanischen Presse veranlaßt. Mehrere Blätter weisen darauf hin, daß die amerikanischen Kapitalisten einen Teil von Mexiko, ganz Kuba, Hawaii und die Philippinen unter dem Namen der Freiheit an sich gerissen haben, und jetzt auch noch festen Fuß in China fassen wollen. Japan sei nicht gewillt, Amerika in dieser Hinsicht entgegenzukommen. Das japanische Kabinett nimmt zu dieser ganzen Frage eine geteilte Haltung ein. Während der Außenminister wünscht, daß Japan sich an der Anleihe beteiligt, sind der Kriegsminister und seine Anhänger ganz entschieden dagegen und haben bis jetzt auch ihre Wünsche durchgesetzt.

Amerikaner für Oberschlesien.

Übernahme des Polizeidienstes.

Die augenblickliche Ruhe in Oberschlesien darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Lage noch keineswegs geklärt ist, man vielmehr immer noch neuer Botschaft gewärtig sein muß. Der Ansicht scheint auch die Entente zu sein, denn nach einer Meldung aus Koblenz hat das 6. amerikanische Infanterieregiment den Befehl erhalten, nach Schlesien zu gehen, um dort Polizeidienste zu leisten.

Wüstungliche Verleumdungen.

Die deutsche Regierung hat folgenden Funkpruch an Alle aufgegeben:

Aus deutschfeindlichen Quellen werden fortgesetzt falsche Meldungen über die Zustände in Oberschlesien und über die Greuelthaten, die angeblich dort von deutschen Behörden und Truppen verübt werden, verbreitet. So meldet die Agence Havas, daß die Erhebung in Blut erstickt werde. Das sind Verleumdungen, die auf das entscheidende zurückgewiesen werden müssen. Blut fließt in Oberschlesien nur zur Abwehr von Angriffen der Aufständischen und ihrer Helfer von diesseits und jenseits der Grenze. Die deutsche Regierung hat alsbald den Befehl gegeben, bei den Maßnahmen zur Unterdrückung des Aufstandes mit Wäßigung zu verfahren und die Hinrichtungen einzustellen. Dieser Befehl ist eindringlich wiederholt worden, er wird befolgt. Wer nicht die Ruhe völlig wieder eingeleitet und die Arbeit wieder aufgenommen ist, kann an den Abbau des Ausnahmezustandes nicht gegangen werden. Die polnische Regierung würde sich ein Verdienst für den Frieden und das Wohl der ober-schlesischen Bevölkerung erwerben, wenn sie ihrerseits auf eine Verübung der öffentlichen Meinung hinwirkt.

Der Friedensvertrag in der französischen Kammer.

Paris, 28. August.

Die Pariser Blätter bringen bemerkenswerte Einzelheiten über die Behandlung des Friedensvertrages in der französischen Kammer. Schon der erste Redner, der Nationalist Zedelaine, übte scharfe Kritik an dem Werk der Pariser

Konferenz, das Frankreich nicht die Sicherheit für seine Existenz gebe, deren es bedürfe. Der Völkerverbund im besondern sei in seiner gegenwärtigen Form durchaus unwirksam, und es bleibe zweifelhaft, ob der Versailles Friede die Ruhe der Welt wirklich zu verbürgen vermöge.

Gefahr-Vorbringen sei für Frankreich militärisch kein ausreichender Schutz, die Grenze Frankreichs vielmehr der Rhein.

Der Friedensvertrag habe die deutsche Einheit leider nur gefährdet und die deutsche Armee vereinheitlicht, so daß das europäische Gleichgewicht tatsächlich nicht hergestellt wäre. Es liege zu befürchten, daß Deutschland die Welt durch die Schwere des Krieges, die es sich wieder aufrichte, in Einklang zu bringen werde. Hans Ahlhorn, Abgeordneter der Reichstagsfraktion, erklärte, daß der Friedensvertrag die Einheit Deutschlands erheblich gefährdet habe. Es sei bedauerlich, daß der französische Standpunkt in Bezug auf die linksrheinischen Gebiete im Vertrag nicht durchzubringen gewesen sei. Frankreich müsse sich keine Schritte erheben, um erhöhte Sicherheitsgarantien zu fordern. Deutschland müsse daran gebunden werden, daß es sich mit Italien und dem Orient verständigen werde und die Hilfsquellen dieser Länder ausbeute. Sollte die Menschheit den Krieg abschaffen, dann müsse sich Frankreich an die Spitze dieser Bewegung stellen und den Krieg wie ein geheimes Tier verfolgen. Der radikale Sozialist Journer, der im übrigen erklärte, für den Vertrag zu stimmen, betonte, daß die deutsche Flotte und die militärische Ausdehnung Deutschlands für die Zukunft schwere Gefahren in sich bergen könnten. Der Abgeordnete Thoppelot erklärte, daß die Entente mit dem Deutschen Reich und nicht mit den einzelnen deutschen Staaten verhandelt habe. Sie habe Deutschland nicht ein Heer von hunderttausend Mann, sondern ein Heer von hunderttausend Feuerführern für

eine zukünftige Revolution

ausgerüstet. Zum Schluß erörterte Abg. Journer einen Plan zur Schaffung eines internationalen Parlaments, das mehr Sicherheit bieten könne, als der Völkerverbund. Die Diskussion wurde abends vertagt.

Hindenburg gegen Bethmann.

Denkschrift des Marschalls.

Soeben wird auch eine bisher unbekanntes Denkschrift des Generalmarschalls v. Hindenburg veröffentlicht. Sie stammt aus dem August 1917, aus der Zeit, als der Feldmarschall eben an die Spitze des Feldheeres getreten war. Die Denkschrift ist an den Kaiser gerichtet und läßt in einer Reihe von Punkten Kritik an den Leistungen und Unterlassungen des Reichskanzlers Bethmann-Sollweg. Von Bedeutung ist ein Satz, der besagt, daß die militärische Leitung beim Kaiser gegen Bethmann vorgegangen ist. In der Denkschrift heißt es, daß Verhalten der Regierung habe dem Chef des Generalstabes die Abregung gebracht, daß wir trotz militärischer Erfolge unsehbar dem Abgrund zuegingen und deshalb mußte ich mich abregung bei Seiner Majestät gegen Herrn v. Bethmann-Sollweg äußern. Ich habe lange gegen, da ein derartiges Vorgehen aus meinem Pflichtgefühl gegen eine einzelne Person mich schwerere innere Kämpfe gekostet hat. Weiter heißt die Denkschrift aneinander, daß Reichsleitung und Oberste Heeresleitung eng zusammenarbeiten und Vertrauen einander haben müssen. Als besonders dringlich wird ein Einvernehmen in folgenden Punkten gefordert: 1. Maßnahmen zur Leitung der Presse; 2. Aufklärungsleistung im Volk (Schule, Weisheit, Abordnung, Soldaten aus der Front); 3. Sicherstellung der Steuereinnahmen in der Kriegswirtschaft; 4. Erhaltung aller Arbeitskräfte und Ertrag der Wehrfähigen in den Fabriken; 5. Änderung und Erweiterung des Hilfswirtschafts. Maßnahmen gegen Streiks; 6. Sicherung der Kohlenversorgung für Volk, Meer und Rüstungsindustrie; 7. Erhöhung der Förderung, Transportfrage, Einleitung der Kohlen auf die verschiedenen Verbrauchsweize; 8. Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung für Meer und Volk.

Der „freie“ Rhein.

Frankreich will Vorrechte haben.

In Frankreich hat eine Agitation begonnen, deren Ziel die schweizerischen Blätter als den ersten Versuch, die durch die Verträge von 1814 und 1816 international garantierte Freiheit des Rheins bis Völkerverbund anzutasten, bezeichnen. Starke Beunruhigung hat ein im französischen Senatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten eingedragener Antrag Renault hervorgerufen, in dem es heißt: Der Hafen von Straßburg wird unter französischer Leitung mit dem von Straßburg auf eine Dauer von 7 Jahren, die auf 10 Jahre verlängert werden kann, vereinigt. Der

Wannheimer Vertrag von 1866, der sich mit der Kontrolle der Rheinschifffahrt befaßt, wird von einem französischen Kommissar überholt. Frankreich erhebt das Vorrecht, den Fluß zur Erzeugung von motorischer Kraft auszunutzen, während dies auf dem deutschen Ufer nicht geschehen darf.

Im Zusammenhang mit dieser Mitteilung im Senatsausschuss steht eine Partiser Propaganda für das Projekt des elastiischen Ingenieurs Köchlin zwecks Errichtung eines seitwärts des Rheins entlang laufenden Kanals mit einer durchschnittlichen Breite von 90 Metern, der in seiner Bedeutung dem Suez- oder Panamakanal gleichkäme. Reicht der Wichtigkeit für die Flußschifffahrt würde der Kanal den Schleppern eine ununterbrochene Fahrt von Rotterdam nach Basel gestatten. Außerdem bezweckt das Projekt auch die Ausnutzung der hydroelektrischen Kraft des Rheins. Bei den acht Schleusen sollen 10 bis 18 Meter hohe Wasserfälle angelegt werden, was eine Kraft von 650 Millionen Pferdestärken bedeutet, womit die größte Lichtkraft in ganz Europa geschaffen wäre. Damit könnte man den in der ganzen Welt herrschenden Kohlenmangel Herr werden. Der internationale Rhein-Kommission, die zwei Monate nach Ratifizierung des Friedens zusammenzutreten soll, wird das Projekt vorgelegt werden.

Gegen den Antrag Renaults hat der schweizerische Bundesrat bereits Einspruch erhoben, und die Vertreter der Bundesregierung werden in der neuen Rheinkommission auch gegen das Projekt Köchlin stimmen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der oberste Befehlshaber des deutschen Heeres. Eine Verordnung des Reichspräsidenten überträgt den Oberbefehl über die Wehrmacht des Deutschen Reiches auf den Reichswehrminister. In dieser Verordnung heißt es: Mit dem Inkrafttreten der Verfassung sind alle Teile der Wehrmacht des Reiches meinem Oberbefehl unterstellt. Ich übertrage die Ausübung dieses Oberbefehls dem Reichswehrminister, soweit ich nicht unmittelbare Befehle erteile. Gleichzeitig ist die Heeresverwaltung auf das Reich übergegangen und hat die Selbständigkeit der Heeresverwaltungen der einzelnen Länder aufgehört. Verwaltungsangelegenheiten und Kommandogewalt stehen daher den einzelstaatlichen Kriegsministerien nicht mehr zu. Mittel des Reiches sind für ihre Stellen von 1. Oktober 1919 an nicht mehr verfügbar. Die Verantwortung für militärische Maßnahmen und Ausgaben wird von nun an allein von der Reichsregierung getragen und von ihr von der Nationalversammlung oder dem Reichstag vertreten.

Das Stimmverhältnis im Reichstag. Die im Reichstag vertretenen Länder haben insgesamt 63 Stimmen, nämlich Preußen 25, Bayern 7, Sachsen 5, Baden 3, Württemberg 3, alle anderen Länder 1 Stimme, die beiden Reich zusammen 1 Stimme. In Preußen wird das Stimmrecht durch die 10 Minister, die 9 Unterstaatssekretäre und voraussichtlich durch weitere 6 parlamentarische Unterstaatssekretäre ausgeübt werden. Abschließend hierüber zu sagen, ist noch nicht möglich, da zahlreiche Wünsche dahin gehen, hervorragende Sachverständigen der einzelnen Verwaltungszweige als Vertreter dem Reichstag beizugeben.

Zur Besetzung des englischen Gesandtenposten in Berlin. Der britische Gesandte hat sich für den englischen Minister Barnes als Kandidat erklärt. Als Kandidat werden ferner genannt die Arbeiterführer Clynes und Arlur Henderson.

Vertärkte Besetzung für die neutrale Zone am Rhein. Der Pariser Oberste Rat hat beschlossen, daß zur Sicherung von Ruhe und Ordnung in der neutralen Zone, wofür das Gendarmenkorps nicht als ausreichend erachtet werden könne, für die Dauer von drei Monaten nach Ratifikation des Friedensvertrages provisorisch 20 Bataillone, 10 Eskadrons und 2 Batterien deutscher Truppen dort unterhalten werden dürfen.

Türkei.

Eine Drohung Wilsons. Der amerikanische politische Kommissar in der Türkei hat der türkischen Regierung ein Telegramm Wilsons übergeben, in dem die Türkei aufgefordert wird, unverzüglich die Regierungen in Armenien einzustellen. Andernfalls werde Wilson von seinen 14 Punkten den zweiten zurückziehen, der sich auf die Aufrechterhaltung der türkischen Oberherrlichkeit in den rein atomantischen Gebieten bezieht.

John Bull, der Straßenräuber!

Die Bundesgenossen unter sich.

Die englischen Blätter melden aus Washington:

Der Vertreter Wilsons in Paris, Wolf, erklärte vor dem Senatsausschuss, Großbritanien habe gegenwärtig die Ägypten geradezu wie ein Straßenräuber behandelt. Da an Amerika verdrängte Ersuchen Englands, das britische Protektorat anzuerkennen, sei nichts weiter als ein an die Unabhängigkeit Ägyptens bezogener Haß.

Weiter erklärte Wolf, er spreche im Auftrage der Kommission, die dort von den Engländern einmündig gehalten würde, und der man die Hilfe nach den Berechtigten Staaten verweigere. Ägypten bitte den Senat um Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts.

„La vie chère.“

Der Kampf gegen die Teuerung in Frankreich.

Wirk man heute einen Blick in irgendeine französische Zeitung, so findet man ganz sicher eine Anzahl mit der Überschrift: „La vie chère“ — das teure Leben, und das merkwürdige ist, daß diese Rubrik von Tag zu Tag größer wird, was den Beweis liefert, daß der „Preis der Lebensmittel“, in dem wir uns seit einiger Zeit befinden, gegen das Leben nicht verbilligt hat, sondern immer noch mehr verteuert. Der Preis der Lebenshaltung hat sich auch in Frankreich, wenn man die Jahre 1914 und 1916 zum Vergleich heranzieht, durchschnittlich vervierfacht. Die Gründe der Teuerung sind dieselben, wie in allen anderen Ländern: Verminderung der Produktion, Störung des Transportwesens, allgemeine Störung der wirtschaftlichen Lebens durch den Krieg; unter diesen allgemeinen Störungen ist die übertriebene Inanspruchnahme der Notenpresse, die den Notenumlauf auf 35 Milliarden gebracht hat, die wichtigste.

In den rein wirtschaftlichen Gründen der Teuerung kommen noch moralische. Der Krieg und seine Folgen haben die Geschäftsmoral heruntergedrückt. Schon während des Krieges hat eine große Genußsucht die Massen ergriffen und seit dem Frieden ist es damit noch ärger geworden. Man will gut leben und sich veramüßen, das ist es, was es wolle. Man kauft, ohne zu feilschen, und der Geschäftsmann müht diese „Konjunktur“ aus und produziert ohne sich Gemäßigtheiten zu machen. Jeder sucht sich die Kosten der nächsten zu bereichern. So steigt die Lebenshaltung unaußersichtlich im Preise. Und die Geschäftsmoral nimmt überall ab, ohne daß man sagen könnte, es seien Verkäufer oder der Kunde mehr schuld ist. Denn jeder mann ist irgendwo Kunde und jedermann hat etwas zu verkaufen, wäre es auch nur seine Arbeitskraft.

Die meisten wirtschaftlichen Gründe der Teuerung werden erst allmählich verschwinden können. Die fehlenden Schiffe, die zerhörten Eisenbahnhilfen, das fehlende Material und der ermüdete Unterbau können in gerauer Zeit wieder erneuert oder ausgetauscht werden. Und die schönen Zeiten, die vor dem Krieg waren, wird man wohl nie wieder leben. Frankreichs Steuerlast ist durch den Krieg um jährlich fünfzig Milliarden gewachsen. Diese Summe muß von der Allgemeinheit getragen werden; das hat eine Entwertung des Geldes zur Folge, und diese überlebt sich durch dauernde Erhöhung des Lebensunterhalts. Die moralischen Ursachen der Teuerung angeht, so sucht man durch geeignete Maßnahmen abzuwehren. Für die durch den gesunkenen Moral setzen sich mit großem Erfolg Maßnahmen ein. Sie fordern jeden Tag zur Sparsamkeit auf. Bis jetzt hat man noch nicht viele Anzeichen dafür, daß der gute Rat befolgt worden wäre. Dingen haben sich Feldzüge gegen die schlechte Geschäftsmoral schon einige Folgen gezeigt, gute und schlechte. Die Bestimmungen öffentlichen jeden Tag den Verkaufspreis der gangbaren Lebensmittel. Dazu stellen sie Ermittlungen in den verschiedenen Stadtteilen von Paris oder in verschiedenen Provinzstädten an, weisen auf besonders traurige Schwieche in der Preisbildung hin und suchen so das Publikum aufzuklären. Gegen das Prinzip dieses Vorgehens ist nichts einzuwenden. Nur besteht die Gefahr, daß die Ermittlungen nicht von Sachleuten durchgeführt werden, die allein alle Elemente der Preisbildung kennen.

Der Ernährungsminister Rouleau hat dieses Unternehmen wollen und die Festsetzung von Normen angeordnet, die im ganzen Lande von Kommissionen angenommen wird. Es wird für den Händler ein Gewinn

Das Mädchen von Athen.

Roman von William Glad.

Genehmigte Uebersetzung aus dem Englischen.

94. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Es sind keine kompromittierenden Briefe, wie du sehr wohl weißt,“ unterbrach sie ihn zornig.

„Sie sprechen für sich selbst.“ Er lächelte ruhig.

„Aber beruhige dich, meine Freundin; Dimitri hat die Briefe ja nicht, sondern ich. Dimitri würde sagen: da ist eine reiche, junge Dame, die reiche Freunde und Verwandte hat; mit diesen Bekanntschaften in der Hand kann ich soviel Geld verlangen, wie ich will, mein Glück ist gemacht! Aber ist dir nicht so; nein. Ich bitte nur um etwas Entgegenkommen. Es war mit großen Kosten verbunden, die Briefe von Athen hierher zu bringen.“

Sie hatte mittlerweile ihre Fassung wiedergelassen. „Kommst du nie mich gerade so gut schätzen?“ sagte sie mit unerbittlicher Verachtung. „Es gibt wohl keine Postverbindung zwischen Griechenland und England?“

„Aber die Papiere sind zu wertvoll dazu.“

„Und wenn sie kompromittierend wären, wie du meinst, kam es dir denn nicht in den Sinn, daß du am besten tatest, sie zu verbrennen?“

„Aber in dem Falle würdest du nie erfahren haben, daß ich dir einen Gefallen tun wollte. Nein, ich muß sie dir selbst übergeben. Und darum empfehle ich mich deinem geneigten Wohlwollen, ehe ich dir die Briefe zurückgebe. Ich habe mein Bestes getan mit vielen Kosten; und ich habe nicht den Wunsch, daß du dir irgendwem eine Blöße geben solltest, daß du eine Demütigung erleiden möchtest.“

Eine plötzliche Empörung ergriff sie; sie sprang auf ihre Füße, und ihre Augen blühten.

„Geh davon!“ rief sie aus. „Ich kenne dich, Andreas Argiriades. Ich weiß, daß du ein Vagabund und ein Dieb bist. Ich weiß, daß du deiner Mutter und deiner Schwester jeden Pfennig abgepreßt hast, den sie verdienen konnten. Und nun willst du mir drohen, weil du mich für schuldig hältst. Du mit den

Briefen, was du willst, du sollst keinen Penny von mir erhalten, keinen Penny!“

Sie hielt inne, denn sie ätzte am ganzen Leibe. Der erschrockene Knabe im Fahrstuhl mischte sich endlich ein:

„Frei, was sagt der Mann zu dir? Beleidigt er dich? Warum wendest du dich nicht an einen Polizisten? Wenn ich dir nur helfen könnte?“

Aber Argiriades hatte seine Hand auf ihren Arm gelegt, und es gelang ihr nicht sofort, sich frei zu machen.

„Höre mich an,“ sagte er mit sanfter Ueberredung. „Ich habe durchaus nicht die Absicht, Unheil anzurichten. Aber man muß leben, und die Papiere sind wertvoll. Wenn ich sie zum Beispiel jetzt jemand zeigen wollte, jemandem wie dem Lord Francis Gordon. Aber, weshalb siehst du denn so erschrocken aus? Begreift du nun, daß es mich ziemlich viel Zeit gekostet hat, um die Bekanntschaften zu lernen, damit ich mich dir ohne Schanden für dich nähern konnte? Und der Lord Francis Gordon hat viel Geld, und es würde ihn am Ende interessieren, ein so vorzügliches Französisch zu lesen. Komm, meine Freundin, setze dich ruhig wieder hin. Es ist so einfach für dich, die Briefe wiederzubekommen, so sehr einfach; du brauchst nie wieder ein Wort davon zu hören, und die Gefahr, daß Mißverständnisse daraus entstehen könnten, ist völlig beseitigt, sobald die Briefe zu einem Häuflein Asche verbrannt sind.“

Sie nahm ihren Platz wieder ein; ihre Augen hatten einen in sich gefehrten Ausdruck.

„Du willst also damit sagen, daß du mir die Briefe nur unter der Bedingung wiedergibst, daß ich dafür bezahle?“

„Wenn du es so ausdrücken willst,“ antwortete er mit einer entschuldigenden Gebärde.

„Wieviel willst du dafür haben?“

Ein Strahl der Befriedigung schoß aus den kleinen schwarzen Augen.

„Das will überlegt sein. Wenn ich nicht in der äußersten Bedrängnis wäre, glaubst du, ich würde dich um eine Krone bitten? Wahrscheinlich nicht. Aber du bist reich und hast reiche Verwandte, während ich arm bin, und jeder muß für sich sorgen.“

„Wie viel willst du dafür haben?“

„Fünfzig Pfund,“ antwortete er langsam, und seinen Augenlein beobachteten sie verstohlen.

„Zwei bis drei?“

„Drei?“

„Auch das nicht!“

„Zwanzig?“

„Vielleicht, wenn ich nach Edinburgh fähre.“

Blühlich hob er abnehmend beide Hände in Höhe und lachte.

„Nun gib acht, wie du überrascht sein wirst; gib mir häßliche Namen, und zum Dank will ich dir zeigen, was großartig sein heißt. Ich will nicht weiter mit dir handeln; die Briefe sollen dir fort zugesandt werden, und ich überlasse es dir, nach und nach so viel Schaden, wie dir beliebt, nur soviel, wie dir beliebt, in Anbetracht meiner Ausgaben und meiner Mühe.“

„Ja, ja, laß mich nur erst die Briefe wieder bekommen,“ dann schickte ich dir —“

„Und wenn ich,“ unterbrach er mit zögerndem Geln, „wenn ich dich nun um ein kleines bisschen bitten dürfte?“

„Ich habe nichts bei mir.“

„Aber zu Hause. Zwei Pfund, drei Pfund,“ steht, wie mich mein Aufenthalt in London herbeigetragen hat. Du kannst es mir schicken; ich will meine Adresse geben.“

Damit nahm er eine Karte aus der Tasche und gab sie ihr. Sie faltete sie schnell zusammen und steckte sie ein. Dann fand er auf.

„Für heute leb' wohl, meine Freundin.“

Er lästete den Hut und war verschwunden.

Briefe schickte sich wohl von seiner Begnadigung frei, war aber noch ganz eingeschüchtern.

„Frei,“ sagte ihr Vater mit großer, anmaßlicher Augen, „was wollte der Mann von dir? Warum du dich auf? Hat er dich beleidigt? Ich könnte dich beschauen, nur den Namen von Sir Francis Gordon.“

(Fortsetzung folgt)

Gemeindevorstand Ischoge trat nach erfolgter Wahl in den Kirchenvorstand Herr Kantor Müller ein.

Chemnitz. Vom Befehlshaber Chemnitz wird mitgeteilt: Dank der tätigen Mitarbeit der Zivilbevölkerung liegen beim Befehlshaber nunmehr über den Verbleib sämtlicher seit den Vorgängen vom 7. und 8. August vermissten Reichswehrangehörigen sichere Nachrichten vor. Hiermit finden gleichzeitig alle verbreiteten Gerüchte über noch zurückgehaltene Soldaten ihre Entledigung.

Schöffengericht Wilsdruff

am 28. August 1919.

Den Vorsitz zu dieser Schöffengerichtssitzung führte nach überstandener schwerer Krankheit erstmalig wieder Herr Oberamtsrichter Dr. Schaller.

Erledigt wurden 6 Strafsachen.

1. Der Beiseiteschaffung von 27 Zentner Weizen und 10 Zentner Weizenmehl sind angeklagt der Müller B. und seine Ehefrau aus K. Im Februar dieses Jahres kaufte B., der ganz erheblich vorbestraft ist, für seine Frau, die als Besitzerin gilt, die Windmühle des betreffenden Ortes. Der Vorbesitzer J. überließ dem Käufer nach seiner von ihm als Zeuge beideten Aussage 155 Zentner Weizen, 196 Zentner und 15 Pfund Roggen, 14 Zentner und 10 Pfund Roggenmehl und 30 Pfund Roggenkleie. Eine rechtmäßige Uebergabe, die vom Verkäufer nachdrücklich gefordert wurde, erfolgte nicht, weil sie B. angeblich der daraus entstehenden unnötigen Kosten halber nicht wünschte. Bei einer Nachprüfung des Getreide- und Mehlbestandes fehlten die eingangs erwähnten Mengen. Den Angaben des B., das fehlende Getreide und Mehl sei von Soldaten, die in einem Auto kommend bewaffnet vor der Mühle

halt machten, gewaltsam ihm abgedrungen und mittels desselben Gefährts fortgeschafft worden, schenkte das Schöffengericht keinen Glauben und verurteilte B. wegen Vergehens gegen die Reichsgetreideordnung zu 10 Tagen Gefängnis und Tragung der Kosten, spricht aber die Ehefrau mangels Beweises von der Teilnahme am Betrug frei.

2. Der Hausbesitzer Fr. in W. übertrat die Bestimmungen über Viehbesitz und -ankauf und erhielt dafür einen Strafbefehl in Höhe von 200 Mark. Er gibt an, nicht wissentlich fahrlässig gehandelt zu haben, weil ihm die einschlagenden Bestimmungen während seiner Teilnahme am Kriege unbekannt geblieben seien. Das Schöffengericht setzte die Strafe auf 100 Mark herab.

3. Gleichfalls gegen die Höhe eines ihm zugestellten und auf 1000 Mark lautenden Strafbefehls, der infolge Ueberschreitens der Richtpreise beim Einkauf von Erdbeeren verhängt worden war, erhob der Handelsmann Kl. aus Dresden-Ebblau Einspruch und erzielte damit eine Herabminderung der Strafe auf 500 Mark.

4. Einen Jugendstreich verübte der in H. beim Gutsbesitzer B. als Pferdejunge bedienstete G. dadurch, indem er aus den Postbriefkästen in Herzogswalde und Mohorn Briefe, die in die Schließöffnung nur eingeklemmt, aber in den Kästen nicht hinuntergeschossen worden waren, sich eignete. Der grobe Unfug wird mit 10 Mark Geldstrafe oder 2 Tagen Haft geahndet.

5. R. aus Meißen wird von der wider ihn erhobenen Anklage der Ueberschreitung der Höchstpreise während seines Kirchenpachtes in Wilsdruff freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens werden der Staatskasse überwiesen.

6. Der Fleischerlehrling M. bei N. in W. entwendete gemeinschaftlich mit seinem Kollegen Ph., der jetzt im

Heeresdienste steht und seiner Bestrafung durch die Militärbehörde entgegensteht, dem Gasthofspächter Schl. eine Kiste Rotwein und eine Pferdebedeckung. Die Pferdebedeckung verlor sie für 30 Mark und 10 Flaschen Wein zu je 10 Mark an U. in W.; für den übrigen Wein war V. im W. Abnehmer. Den Erlös teilten die Spitzbuben unter sich. Obwohl dem Bestohlenen der Schaden hinreichend vergütet worden ist, erkennt das Schöffengericht in Anbetracht der angewendeten raffinierten Handlungsweise für M. auf 5 Tage Gefängnis. Die Kosten hat der Angeklagte ebenfalls zu decken.

Kirchennachrichten

Am 11. Sonntag nach Trinitatis.

Predigttext: Apostelgeschichte 10, 25—33.

Wilsdruff.

Vorm. 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl. — Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Grumbach.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Kesselsdorf.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst — Nachm. 1/2 2 Uhr Jungfrauenverein. — Nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst. (P. Johanna)

Sora.

Vorm. 8 Uhr Hauptgottesdienst. (Pfarrer Weber, Zimmler)

Limbach.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Blankenstein.

Vorm. 8 Uhr Predigtgottesdienst.

Die heutige Nummer umfasst 4 Seiten

Gesamter, Verleger und Drucker: Arthur Hübner in Wilsdruff
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer I. R. Gärtner, für den Inseratenteil: Arthur Hübner, beide in Wilsdruff.

Das Neueste und Festeste in
Damenhüten
für Herbst und Winter
in Seide, Seide mit Samt, Velour,
Velv in allen Farben und Preislagen
ist fertiggestellt und bietet in bekannt
großer Auswahl das
Spezial-Geschäft für eleganten Damenputz
von Rosa verw. Kother, Dresdner Str. 66.
Hüte zum Umpressen werden schon jetzt
entgegengenommen und alle Umarbeitungen auf
neue Formen sachgemäß ausgeführt.
Trauerhüte, Trauer- u. Gesichtsschleier
sowie Reiter, Federn, Flügel, Blumen
und Bänder am Lager. 2588

Die Verlobung ihrer Tochter
Else mit dem Inspektor des
Rittergutes Wilsdruff, Herrn
H. Sellers, zeigen hierdurch an
Ernst Günther und Frau
Molkerei Wilsdruff, 30. Aug. 1919

Seine Verlobung mit Fräulein
Else Günther, Tochter
des Herrn Molkereibesitzers
E. Günther, gibt hiermit be-
kannt H. Sellers
Inspektor des Rittergutes Wilsdruff
Wilsdruff, am 30. August 1919

Schützenhaus Wilsdruff.
Sonabend den 30. August **Gastspiel** der bekannten
Meissner Sängers.
Gesangs- und Vortrags-Abend
unter Mitwirkung des berühmten
Humoristen E. Hanke.
Alles lacht! Alles lacht!
Nachdem für die Besucher Ball.
Anfang 7 Uhr. Eintritt N. 1. —

Großes Kaninchen-Preiswettbewerb
im Lindenschlößchen.
Veranstaltet vom Allgem. Kaninchenzüchterverein
Wilsdruff und Umgegend.
Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Vorstand.

Gasthof Grumbach.
Sonntag den 31. August von nachm. 4 Uhr an
feine öffentliche Ballmusik
Hierzu ladet freundlichst ein Paul Bohr.

Gasthof Groitzsch.
Sonntag den 31. August
starkbesetzte Ballmusik.
Hierzu ladet freundlichst ein A. Seifert.

Rothe's echt Bayr. Bierstuben
Dresden, Altmarkt 8
Das sagt alles in Speisen und Getränken!

Turnverein Grumbach
Sonabend den 30. August
Monatsversammlung
im Gasthof.
Um zahlreich Erscheinen
bittet D. V.

Baustückkalk
rufft ein und erbittet Be-
stellungen
Louis Kühne, Dosemühle.

Brennholz
Scheite und Rollen
hat laufend abzugeben
Richard Eckelt
Holzhandlung.

Nächste Woche trifft
ein großer Posten
weißer
Bett-
Damast
und
Stangen-
leinen
sowie ein Posten
Stickereien
ein
Emil Glathe

Erbgerichtsgasthof Herzogswalde
Sonntag den 31. August
Gross. Blumenball
Anfang 1/2 7 Uhr.
Hierzu laden ergebenst ein
Martha vw. Läubrich Der Vorstand.

Gasthof Weistropf.
Sonntag den 31. August von 4 Uhr an
starkbesetzte feine Ballmusik
Hierzu laden freundlichst ein
Alfred Branzke und Frau.

Meiner werten Kundschaft zur gefälligen
Kenntnisnahme, daß ich mein Geschäft
Sonn- und festtags
laut Reichsgewerbeordnung mittags 12 Uhr
schließen muß.
Hochachtungsvoll
Arthur Ambros, Barbiergeschäft,
Grumbach.

Ruhdünger
in Waggonladungen wird zu kaufen gesucht.
Angebote frei Waggon dort erbittet die
Verwaltung
der **Gartenstadt Hellerau**
G. m. b. H.
Hellerau bei Dresden.

Frauen und Kinder
zur Entarbeit sofort gesucht.
Richard Quanz,
Stadtgut Dorwerf Wilsdruff.

Rad
Freilauf m. Gummibereifung,
2 Reserveflügel, verkauft
für 200 Mark
Rei, Herzogswalde Nr. 11.

Für Bettbezüge
weiß Leinen
84 und 130 cm breit
Bett-Damast
Eduard Wehner,
Markt.

Arbeiter
stellt noch ein
gung dauernd
Richard Eckelt,
Holzhandlung.

Seidel & Sohn
mann
andere
Auf Wunsch
Anleihen
Sticken, Sticken
Sofort lieferbar
A. Fruch. Markt 8. Tel. 2588

Kräftiges Mädchen
15 bis 17 Jahre, zu Dien-
st und Gartenarbeit für 1. 10. Sep-
tember oder 1. Oktober ge-
wünscht.
Hankendorf Nr. 2.

PATENT
Musterschutz
Warenzeichen
durch das Patentamt
Dresden, Schloßstr. 20
Seit 1901 bekannt u. geschützt
u. durch Reichsgewerbeordn.
VERWERTUNG